

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Frau Unruh, Frau Trenz, Hoss, Frau Beck-Oberdorf
und der Fraktion DIE GRÜNEN**

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 11

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung
— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3211, 11/3231 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Sämtliche vor dem 1. Januar 1921 geborene Mütter sollen rückwirkend ab dem 1. Oktober 1987 die Leistungen nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz erhalten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dazu umgehend die erforderlichen Gesetzesänderungen vorzulegen und dementsprechend zur Leistungsfinanzierung den Titel 646 07 in Kapitel 11 13 um 6,1 Mrd. DM zu erhöhen.

Bonn, den 17. November 1988

Frau Unruh

Frau Trenz

Hoss

Frau Beck-Oberdorf

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Sämtliche „Trümmerfrauen“ – gleich ob Jahrgang 1906 oder Jahrgang 1916 – haben in der schweren Zeit nach 1945 die gleichen Opfer gebracht. Darum stehen ihnen auch die gleichen Leistungen zu. Es widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz, daß Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1907 die Kindererziehungsleistung von heute 28 DM/Monat pro Kind schon ab dem 1. Oktober 1987 erhalten, Mütter der Jahrgänge 1907 – 1911 ab dem 1. Oktober 1988, Mütter der Jahrgänge 1912 – 1916 ab dem 1. Oktober 1989 und Mütter der Jahrgänge 1917 – 1920 erst ab dem 1. Oktober 1990. Die stufenweise Jahrgangseinteilung ist daher aufzuheben.

Eine für die Zukunft, d. h. ab dem 1. Januar 1989, gültige gleiche Leistungsgewährung würde Mehrkosten von nur 2,2 Mrd. DM

verursachen. Um das bereits begangene Unrecht wiedergutmachen, müssen die Leistungen jedoch rückwirkend gezahlt werden, so daß zusätzliche Ausgaben von 6,1 Mrd. DM für 1989 anfallen.

Durch den vorliegenden Antrag wird die gesetzliche und finanzielle Erreichung dieses Ziels sichergestellt.